

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Ihnen, Christian Dürr, Renata Alt, Olaf in der Beek, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Matthias Nölke, Christian Sauter, Frank Schäffler, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen und der Fraktion der FDP

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/22600, 19/22601, 19/23323, 19/23325, 19/23326 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021
(Haushaltsgesetz 2021)**

hier: Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Einzelplan 60 wird im Vergleich zum Regierungsentwurf der folgende Titel gesenkt:

- Zuschüsse zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge, Kapitel 6092 Titel 893 01, um 1,2 Milliarden Euro auf 400 Millionen Euro.

Berlin, den 8. Dezember 2020

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Kaufprämien, die praktisch direkt in den Markt eingreifen, sind aus ordnungspolitischer Sicht und in Hinblick auf eine faire soziale Marktwirtschaft falsch. Auch der Kieler Subventionsbericht weist auf die schädliche Ausgestaltung der Subvention hin. Mitnahmeeffekte ohne Langzeitwirkung könnten die Folge sein. Außerdem stößt die staatliche Prämie für den Kauf von Elektroautos bei Privatleuten, Firmen und Kommunen bis jetzt auf geringes Interesse.

Die Erhöhung der Kaufprämien scheint daher nicht der geeignete Weg zu sein, um nach der Corona-Krise wieder einen Wirtschaftsaufschwung auf den Weg zu bringen. Vielmehr sollten die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen dauerhaft steuerlich entlastet werden. Durch Streichung der von der Bundesregierung geplanten Erhöhung verringert sich die benötigte Neuverschuldung, was wiederum kommenden Generationen die Schulden tilgung etwas erleichtern wird.